

21.03.2016 – PM 26/2016

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst

IG BAU fordert für Forst- Beschäftigte 6,0 Prozent mehr Geld

Frankfurt am Main - Die Forstgewerkschaft IG BAU fordert im Rahmen der heute (für die Red.: 21. März 2016) startenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sechs Prozent mehr Lohn für die rund 4000 Forst-Beschäftigten im Bundes- und Kommunalforst. Gleichzeitig sollen sachgrundlose Befristungen ausgeschlossen werden. Die Regelungen zur Altersteilzeitarbeit sollen über den 31. Dezember 2016 verlängert werden. Zudem fordert die IG BAU deutliche Verbesserungen für Auszubildende. Ihre Vergütung soll um hundert Euro monatlich pro Ausbildungsjahr steigen, der Urlaub 30 Tage betragen und ihre Übernahme verbindlich geregelt werden. Außerdem sollen die Arbeitgeber mit einem gesonderten Beitrag etwa für Ausbildungsmittel oder Fahrtkosten helfen, die Ausbildungsqualität zu steigern. Das Tarifergebnis muss zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

„Die Beschäftigten im Forst dürfen nicht von der Einkommensentwicklung in Deutschland abgekoppelt werden“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum. Seit Jahren hinken Löhne und Gehälter im Bund und in den Kommunen den anderen Branchen hinterher. Die Konjunktur brummt und der Fiskus verzeichnet steigende Steuereinnahmen. Wer jetzt beim Lohnplus auf der Bremse steht, setzt ein riskantes Signal. Der Nachwuchs wird sich dann überlegen, ob er wirklich im öffentlichen Dienst arbeiten will.“

Im vergangenen Jahr stiegen die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Prozent im Bund und 4,9 Prozent bei den Kommunen. Für die kommenden Jahre bis 2019 erwarten die Steuerschätzer ein Plus von 15,1 Prozent im Bund und 14,5 Prozent bei den Kommunen.

(1634 Zeichen)